



Kap. 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

Rogall
2011

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

- 12.1 Partizipative Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- 12.2 Modell der direkten und indirekten Akteure
- 12.3 Direkte Akteure – Formen des Politikversagens
- 12.4 Fehlentwicklungen bei den indirekten Akteuren

Ziel: Erwerb der Kenntnisse über das Politik- und Akteursversagen

Stand: 15.09.2011



Partizipative Demokratie - Bedeutung

Rogall
2011

Die Sicherung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Staates. Hierzu zählen:

- (1) das demokratische System mit den **politischen Institutionen** (Parlamente, Regierungen/Verwaltungen, Gerichte usw.),
- (2) **Organisationen** (Parteien, Vereine, Verbände),
- (3) **Normen** (Gesetze, common sense, Verträge = gesellschaftl. Institutionen)
- (4) Teilhabe an wirtschaftl. **Entscheidungsprozessen**.



Mitbestimmung

Rogall
2011

Unterschiedl. Bewertung demokratischer Prinzipien in der Wirtschaft:

- **Wirtschaftsliberale Autoren:** Shareholder-Value-Prinzip reicht,
→ Ablehnung Arbeitnehmermitbestimmung
- **Vertreter einer Nachhaltigen Ökonomie:**
In einer Demokratie dürfen keine **nichtdemokratischen** Sektoren existieren → Arbeitnehmer müssen :
 - (1) **Sozialisten <-> Anarchisten** (19. Jh.):
Gemeinwirtschaft <-> selbstverwaltete Betriebe
 - (2) **Gewerkschaften, SPD:** Mitbestimmung in privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen in den 1920er J.



Teilhabe an Entscheidungsprozessen

Rogall
2011

- (1) **Mitsprache** (Informations- und Anhörungsrecht):

Recht auf Information über Entscheidungen und die Möglichkeit dazu eine Stellungnahme abzugeben.

- (2) **Mitwirkung** (Verhandlungsrecht):

Teilnahme am Entscheidungsprozess mit den dazugehörigen Rechten zur Information und Verhandlung.

- (3) **Mitbestimmung** (Mitentscheidungsrecht):

Entscheidung nach Mehrheit



Formen der Mitbestimmung

Rogall
2011

(1) Mitbestimmung am Arbeitsplatz:

- (a) **Informationsrechte** (Art der Tätigkeit, Verantwortung, mögliche Gefahren, Akteneinsicht),
- (b) **Anhörungsrechte** (bei Änderungen im Arbeitsablauf),
- (c) **Vorschlagsrechte** (zur Veränderung des Arbeitsablauf).

(2) Betriebliche Mitbestimmung:

Beteiligung an innerbetrieblichen Entscheidungen mittels gewählten Betriebsrat (gewerbliche Wirtschaft ab 5 Mitarbeitern) oder Personalrat (im öffentlichen Dienst), z.B. bei organisatorischen, personellen und sozialen Fragen.



Formen der Mitbestimmung

Rogall
2011

(3) Unternehmensmitbestimmung

Beteiligung an den Entscheidungsprozessen des Unternehmens
(z.B. im Aufsichtsrat und Vorstand)

(4) Überbetriebliche Mitbestimmung

Beteiligung der Arbeitnehmer an wirtschaftspolitischen Entscheidungen und Prozessen (z.B. Gesetzgebung)



Mitbestimmungsgesetze in Deutschland

Rogall
2011

1. Montan-Mitbestimmungsgesetz (von 1951, Paritätische Mitbestimmung)

für Kapitalgesellschaften mit mehr als 1.000 Beschäftigten, im Bergbau, der Eisen- und Stahlerzeugung:

- (1) **Innerbetriebliche Mitbestimmung** (durch Betriebsrat),
- (2) **Mitbestimmungsrecht** bei strategischen Unternehmensentscheidungen, durch
 - Vertreter im Vorstand (Arbeitsdirektor) und
 - Vertreter im Aufsichtsrat (**Paritätische Mitbestimmung** mit Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden).



Mitbestimmungsgesetze in Deutschland

Rogall
2011

2. Mitbestimmungsgesetz (MitBestG):

Das *MitBestG* v. 1976 erweiterte die Montanmitbestimmung auf alle Kapitalgesellschaften mit mehr als 2.000 Beschäftigten.

Bewertung: Das *MitBestG* hält formal an der parität. Mitbestimmung fest, sorgt aber durch die Ausgestaltung dafür, dass die Kapitaleseite im Zweifelsfall immer eine Mehrheit besitzt:

Erstens sitzt auf der Arbeitnehmerseite zwingend ein leitender Angestellter, der meist die Interessen der Kapitaleigner vertritt und *zweitens* hat der Aufsichtsratsvorsitzender (wird von der Kapitaleseite gestellt) in einer Pattsituation ein doppeltes Stimmrecht



Mitbestimmungsgesetze in Deutschland

Rogall
2011

3. Drittelbeteiligungsgesetz (DrittelbG):

Zunächst im **Betriebsverfassungsgesetz** (1952, 1972, 2001):

innerbetriebliche Mitbestimmung durch Betriebsräte

(Anhörungsrecht) von KMU (5-500 Beschäftigte):

Der Schwerpunkt liegt in der Mitbestimmung am Arbeitsplatz und der betrieblichen Mitbestimmung durch die Betriebsräte, die zu bestimmten Entscheidungen angehört werden müssen.



Bewertung der Mitbestimmung in Deutschland

Rogall
2011

Bis 1990er J. Dialog zwischen Unternehmensleitungen-

Arbeitnehmern-Staat (sog. „**Rheinischer Kapitalismus**“)

Vorteile:

(1) sozialer Frieden (international geringste Streiks).

(2) Hohe Akzeptanz der Bevölkerung (83% sind für Beibehaltung)

Nachteile: Bündnis zu Lasten Dritter:

(1) der Natur (2) der Kapitaleigner.

Beispiele: Genehmigung von Waffen- u. Atomexporte in

Krisenregionen, Kohlesubventionierung.



Bewertung der Mitbestimmung in Deutschland

Rogall
2011

Forderung:

Mitbestimmungsbank für **Stakeholder**

(Verbraucher- u. Umweltverbände).

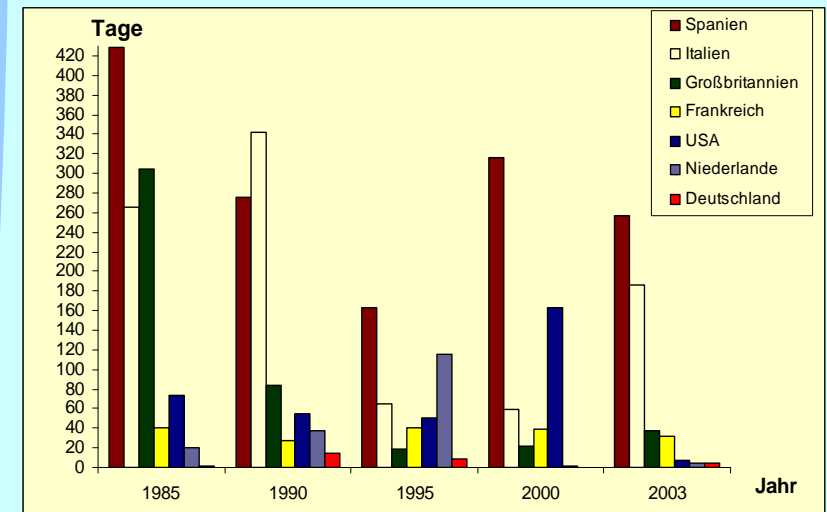
Heute versuchen Großunternehmen durch Stakeholder-Dialog-Strategien ihr Image in der Öffentlichkeit zu verbessern (z.B. social response = Verpflichtungen zur nachhaltigen Entwicklung).

→ **Weiterentwicklung nötig.**



Streikquote in ausgewählten Ländern der OECD

Rogall
2011





Kap. 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

Rogall
2011

Prof. Dr. Holger Rogall

Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

12.1 Partizipative Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

→ 12.2 Modell der direkten und indirekten Akteure

12.3 Direkte Akteure – Formen des Politikversagens

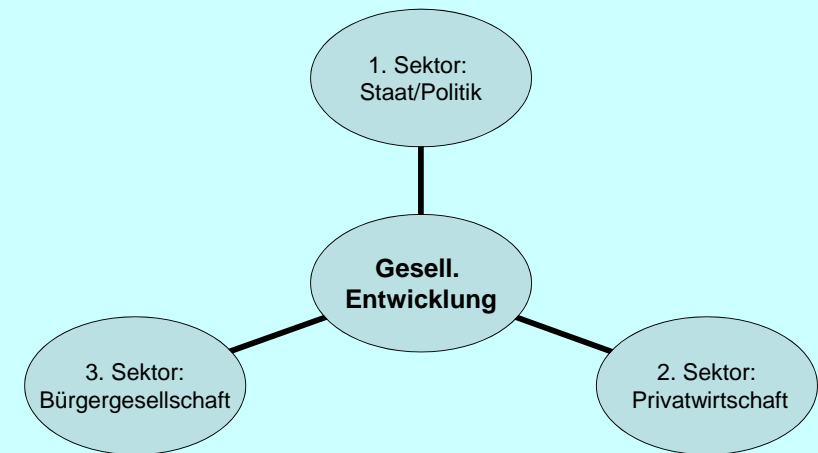
12.4 Fehlentwicklungen bei den indirekten Akteuren

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

13/45



Akteurssektoren – traditionelle Einteilung



Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

14/45



12.1 Modell der direkten und indirekten Akteure

Rogall
2011

Marktversagen → Änderung der Rahmenbedingungen durch Gesetze und Verordnungen notwendig

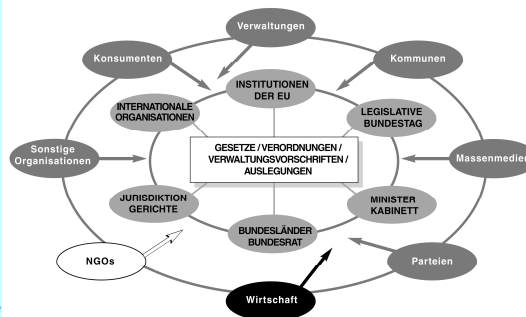
Unterschiedliche Stärken des Einflusses auf die Gesetzgebung:

(1) **Direkter Einfluss:** Erarbeitung, Verabschiedung und Auslegung von Rechtsnormen (EU, Parlamente, Regierungen, Gerichte)

→ **Direkte Akteure**

(2) **Indirekter Einfluss:** Beeinflussung des Gesetzgebungsprozesses (z.B. NGO, Industrieverbände)

→ **Indirekte Akteure**



Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

15/45



Akteursbegriff in der Wissenschaft

Rogall
2011

Politikwissenschaft: Akteure = Organisationen oder Institutionen

Ökonomische Theorie der Politik: Einzelpersonen (in Organisationen)

- **Wirtschaftakteure:** alle Personen, die durch Handlungen einen positiven o. negativen Einfluss auf den Verlauf der wirtschaftl. Entwicklung nehmen.
- **Akteursgruppen:** Organisationen in denen Akteure tätig sind.
- **Direkte Akteursgruppen:** Institutionen, die unmittelbar Recht setzen.
- In Demokratien existieren viele weitere wichtige Akteursgruppen, die Rechtsnormen zwar nicht in Kraft setzen können, aber auf die direkten Akteure Einfluss nehmen. **indirekte Akteure**

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

16/45



Nachhaltige Gemischtwirtschaft

Rogall
2011

In der Theorie vermeidet eine nachhaltige Gemischtwirtschaft die Funktionsmängel der reinen Systeme:

1. Vermeidung der Mängel der Zentralverwaltungswirtschaft

→ Marktmechanismen u. Anreizfunktionen (Gewinn, Wettbewerb),

2. Vermeidung der Funktionsmängel einer reinen Marktwirtschaft

→ Staat setzt Rahmen u. sorgt für sozial-ökol. Mindeststandards

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

17/45



Nachhaltige Gemischtwirtschaft

Rogall
2011

- In der Realität ist es nicht gelungen einen paradiesischen Zustand herzustellen (→ keine Idealisierung)
- Sie ist - und wird auch künftig - unvollkommen sein, geprägt von
 - ständigen Suchprozessen,
 - Machtkonflikten und Politikversagen (PoIV)aber **erfolgreicher als alle anderen bekannten Systeme.**

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

18/45



Kap. 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

Rogall
2011

Prof. Dr. Holger Rogall



12.1 Partizipative Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

12.2 Modell der direkten und indirekten Akteure

➔ 12.3 Direkte Akteure – Formen des Politikversagens

12.4 Fehlentwicklungen bei den indirekten Akteuren

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

19/45



PoIV. 1: Traditionelle Theorien

Rogall
2011

- (1) **Unfähigkeit u. Inkompetenz der Politiker:** Viele Politiker verfügen über unzureichende Qualifikation u. Berufserfahrung. Eine Weiterqualifizierung findet nicht im ausreichenden Umfang statt.
- (2) **Amoralität und Eigennutzdenken:** Politikern wird vorgeworfen, dass sie sich eigennutzstrebend verhalten und das Gemeinwohl (inkl. das künftiger Generationen) außer Acht lassen.
- (3) **Ineffizienz staatlicher Eingriffe:** Ökonomen gehen davon aus, dass staatlicher Eingriffe immer ineffizient sind, weil eine Trennung zwischen Nutzer und Zahler vorliegt, keine Erfolgskontrollen stattfinden, keine Effektivitätsanreize existieren.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

20/45



PoIV. 2: Ökonomische Erklärungsansätze

Rogall
2011

- (1) **Unvollkommene Information** → Falscher Mitteleinsatz
- (2) **Mangelnde und falsche Leistungsanreize im öffentlichen Sektor**
→ Verwaltung verhindert, Initiativen, die ihre Arbeit erhöhen könnten.
- (3) **Verschwendung im öffentlichen Sektor:** Um Wiederwahl zu sichern, unterstützen Politiker Projekte, die ihrem Klientel oder Wahlkreis zu gute kommen, aber finanz. Belastungen verursachen (z.B. Straßen).
- (4) **Unbeabsichtigte Fehlsteuerung aufgrund Ausweichverhalten:** (unerwünschte Reaktion der Wirtschaftsakteure). Beispiel: **Kobra-Effekt:** Die Briten zahlten in Indien eine Prämie für jede getötete Schlange um so der Schlangenplage Herr zu werden, in der Folge begannen die Inder Kobras zu züchten um die Prämie zu erhalten .

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

21/45



PoIV. 3: Sozioökonomische* Ansätze

Rogall
2011

- (1) **Privileg der globalen Wahlmöglichkeit:** Standorte (Kommunen) konkurrieren um die Industrie → Abwälzung von Kosten.
- (2) **Privileg eines verminderten Innovationsdrucks:** Industrielle Machtstrukturen sorgen für Innovationsschwächen
- (3) **Privileg des verminderten Akzeptanzdrucks:** Rücksichtnahmen auf die stake-holder sind nicht mehr nötig
- (4) **Legislaturperioden-Denken:** Langfristige Probleme werden nicht angegangen, die Interessen künftiger Generationen werden nicht vertreten, Symptombekämpfung statt Prävention.

* **Politikversagen** (sozioökonomische Position): spezifische Interventionsschwäche des Staates, wenn es um die Verwirklichung von vorsorgeorientierten Konzepten geht u. die interessenbezogene Politik der Mandatsträger und Bürokratien. *Jänicke* sieht insbes. die „Privilegien“ (strukturellen Vorteile) der transnationalen Konzerne gegenüber den national- staatlichen Institutionen.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

22/45



PoIV. 4a: Nachhaltige Ökonomie

Rogall
2011

- (1) **Machtfülle einzelner Interessengruppen**
(z.B. Pharmaindustrie, Automobilindustrie)
- (2) **Personelle Durchdringung, Verflechtung, Parteipenden und Korruption:**
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Mitarbeiter bei Großunternehmen und Interessenverbänden (Lösung: Offenlegungspflicht Anrechnung auf die Diäten)

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

23/45



PoIV. 4a: Nachhaltige Ökonomie

Rogall
2011

- (3) **Gefangenendilemma, Wettbewerbsdruck,**

Globalisierung: Politik unterliegt den gleichen sozial-ökonomischen Faktoren wie Unternehmen und Konsumenten
→ politische Potenziale werden nicht ausgeschöpft.
Die politische Verantwortung ordnet sich der Sorge vor Wettbewerbsverschlechterung unter
→ **Symbolpolitik***

* **Sp.:** Ein Politikstil der dazu neigt für öffentlich thematisierte Probleme Maßnahmen zu verabschieden, die der Öffentlichkeit das Gefühl geben, es würden Lösungsstrategien erarbeitet. Tatsächlich werden aber Maßnahmen verabschiedet die wenig Wirkung zeigen oder die Rechtsnormen werden inkonsequent formuliert oder nicht umgesetzt.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

24/45



PoIV. 4b: Nachhaltige Ökonomie

Rogall
2011

(4) Medienopportunismus statt fachlicher Fundierung:

Entscheidungen fallen aufgrund von Medienberichten u. Meinungsumfragen, anstatt anhand von Analysen u. Qualitätszielen (z.B. wissenschaftl. Gutachten).

(5) Opportunismus der Mitte, Visionslosigkeit u. Symbolpolitik:

Das Wahlverhalten („Wahlen werden in der Mitte gewonnen“)
→ Politiker Vermeiden von öffentl. Unmutsäußerungen. Ökon. Entwicklungen werden als Naturgesetze fehlinterpretiert, alternatives Denken fällt weg (z.B. wie man die globalisierte Ökonomie gerecht gestaltet kann). → Statt Lösungs- Symbolpolitik



PoIV. 4c: Nachhaltige Ökonomie

Rogall
2011

(6) Wahrnehmungsprobleme, grenzenloser Optimismus:

Studien über die Gefahrenpotenziale (z.B. Klimaerwärmung) werden nicht ernst genommen. Wo sich Probleme nicht verdrängen lassen, werden sie als technisch lösbar eingeschätzt (Glaube an die Allmacht der Technik).



PoIV. 4c: Nachhaltige Ökonomie

Rogall
2011

(7) Zielkonflikte zwischen den Politikfeldern und

Anpassungsdruck:

Wer z.B. Wohnungsbaupolitiker ist, möchte mit den knappen öffentlichen Mitteln möglichst viele Wohnungen bauen. → Höhere Standards werden verhindert.

(8) Unzureichende personelle Ausstattung und komplexe Rechtsgrundlagen



Kap. 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

Rogall
2011

Prof. Dr. Holger Rogall



12.1 Partizipative Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

12.2 Modell der direkten und indirekten Akteure

12.3 Direkte Akteure – Formen des Politikversagens

→ 12.4 Fehlentwicklungen bei den indirekten Akteuren



Mittel der indirekten Akteure zur Interessendurchsetzung

Rogall
2011

(1) Formale Mittel der Beeinflussung:

Stellungnahmen bei Anhörungen

(2) Öffentlicher Druck:

Pressearbeit, Publikationen, interessenorientierte Gutachten

(3) Informeller Einfluss auf die Politik:

Positionspapiere, Kontakte

(4) Kontakte zu Behörden:

Gespräche, „Formulierungshilfen“, Angebote

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

29/45



Mittel der indirekten Akteure zur Interessendurchsetzung

Rogall
2011

(5) Einfluss über Fachgremien:

Richtlinien, Empfehlungen f. Politik u. Verwaltung

(6) Personelle Durchdringung:

Mandate für „eigene“ Leute, Abstellung für Ministerien (BT Drs. 16/3395)

(7) Finanzielle Besserstellung:

Spenden, Korruption, Beraterverträge

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

30/45



Interessenverbände*

Rogall
2011

Typen:

- | | |
|-------------------------------------|-----------------------------|
| (1) Wirtschaft und Arbeit, | (2) sozialer Bereich, |
| (3) Umweltschutz u. Nachhaltigkeit, | (4) Kultur u. Wissenschaft. |

Ziele:

- | | |
|-------------------------------|------------------------------------|
| (1) Interessenaggregation | (2) Artikulation (Öffentl. Arbeit) |
| (3) Durchsetzung (Lobbyismus) | |

* Verbände sind keine eigene Rechtsform, sondern Vereine: „Freiwillige Vereinigungen mit auf Dauer angelegten Zielen und Organisationsapparaten. Sie sind im Zuge der modernen Demokratie entstanden, um die Interessen gegenüber anderen Akteursgruppen mit abweichenden Interessen durchzusetzen.“

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12; Sebaldt, Straßer 2004 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

31/45



Interessenverbände der Wirtschaft*

Rogall
2011

In Deutschland existieren über 200.000 Interessenvereinigungen (etwa 5.000 Verbände im politisch engeren Sinne und 1.500 Verbände, die offiziell beim Deutschen Bundestag (als Lobbyisten) „akkreditiert“ sind.

- Wirtschaftsverbände: 17 Spitzenverbänden (150.000 Beschäftigte)

- Die **drei großen Dachverbände der Wirtschaft** sind:

- (1) Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI),
- (2) Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA),
- (3) Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT)

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

32/45



Erstens: Fehlentwicklungen in der Wirtschaft

Rogall
2011

- (1) **Mittelausstattung** (mehr als jede andere Gruppe)
- (2) **Manipulation der öffentlichen Meinung – Verschleiern von Gefahren:** z.B. für aktive u. passive Raucher, Energiekonzerne (Agenten in WHO, bezahlte Journalisten).
- (3) **Informeller Einfluss auf Behörden u. Politik, Fachgremien** (Intensive Kontaktpflege)
- (4) **Personelle Durchdringung** (Einschleusung von Mitarbeitern)
- (5) **Korruption von Politik, Mitarbeitern und Kunden, „Spenden“**

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

33/45



Fehlentwicklungen in der Wirtschaft

Rogall
2011

- (6) **Korruption v. Betriebsräten, „Marionetten-Gewerkschaften“**
- (7) **Umweltkriminalität**
- (8) **Rechtswidrige Kartelle u. Preisabsprachen**
- (9) **Bilanzfälschung und Steuerhinterziehung:** z.B. Schmuggel unversteuerter Zigaretten, Anklage wegen "Geldwäsche im Bunde mit dem organisierten Verbrechen"
- (10) **Kurzfristige Gewinnmaximierung mit „Gier-“ und Hyperrenditenstatt Langfristorientierung:** Entlassungen trotz Gewinnsteigerungen, Aufkauf und Zerschlagung von Unternehmen, Überzogene Boni.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

34/45



Fehlentwicklungen in der Wirtschaft

Rogall
2011

- (11) **Casino Kapitalismus** (Spekulation statt Güterproduktion)
 - **Aufkündigung des Ziels der Verteilungsgerechtigkeit** (Bereicherung der Vorstände)
 - **Aufkündigung des gesellschaftlichen Konsens über die Ziele einer nachhaltigen (sozialen) Marktwirtschaft** (z.B. sozial-ökolog. Standards, Mitbestimmung, Kyoto-Protokoll)
 - **Unternehmenspleiten aufgrund unfähiger Vorstände u. mangelnder Aufsichtsratskontrolle**

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

35/45



Fehlentwicklungen in der Wirtschaft

Rogall
2011

- (15) **Bespitzelung von Mitarbeitern und Aufsichtsräten**
 - **Zahlung sittenwidriger Löhne**
 - **Duldung menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen**
 - **Steuerhinterziehung:** Verlagerung Einkommen in Ausland
 - **Bezahlter Journalismus**
 - **Wirtschaftskonzentration**
 - **Förderung von Klimaschutzgegnern.**

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

36/45



Zweitens: Gewerkschaften*

Rogall
2011

- G. gehören zum notwendigen Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft.
- Die wichtigsten sind in Deutschland:
der DGB - Deutscher Gewerkschaftsbund und der
DBB - Deutscher Beamtenbund.

* G. sind Freiwillige, auf Dauer angelegte Vereinigungen von abhängig Beschäftigten, die ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen gemeinsam durchsetzen wollen.



Rogall
2011

- **DGB:** Einheitsgewerkschaft, in der Mitglieder aller pol. Parteien organisiert sind.
Allerdings existiert eine besondere Affinität zur SPD,
ähnlich wie bei den Wirtschaftsverbänden zur CDU und FDP.
- Der gesellschaftliche Wandel (Individualisierungsprozess und Verflachung d. gesellschaftspolitischen Interesses)
➔ verändert auch die Gewerkschaften.
Basis der gewerkschaftlichen Arbeit ist gefährdet.



Gewerkschaften - Ziele

Rogall
2011

- 1. Gerechter Anteil an der Wertschöpfung**
 - (1) Ausreichende Mindestlöhne (2) Erhöhung der Lohnquote
 - (3) Beteiligung an Produktivitätssteigerungen
- 2. Gute Arbeitsbedingungen**
 - (1) Arbeitszeit, (2) Arbeitsplatzgestaltung, (3) Umweltschutz
- 3. Arbeitsplatzsicherheit**
 - (1) Qualifikation, (2) Kündigungsschutz, (3) flex. Arbeitszeit
- 4. Mitbestimmung**
 - (1) am Arbeitsplatz, (2) Unternehmensmitbestimmung
- 5. Mitgestaltung der gesamtwirtschaftl. u. polit. Entwicklung**



Ursachen der Gewerkschaftsprobleme

Rogall
2011

- (1) Das proletarische Milieu u. die tradit. Wertemuster ändern sich.
Früher: aktive gewerkschaftl. Arbeit, Fortbildung, Solidarität Wertebasis.
Heute: Spaßgesellschaft ➔ schwächt die Bindung der Industriearbeiter
- (2) Dominanz wirtschaftsliberaler Positionen ➔ Defensive
- (3) Entsolidarisierung der Gesell. (Individualisierung) ➔ Trittbrettfahrer-
verhalten (Glaube Rechte allein durchsetzen zu können, Erfolge (z.B.
Lohnerhöhungen) werden ohne Beitrag mitgenommen.
- (4) Der Strukturwandel von Industriearbeitsplätzen in
Dienstleistungsberufen mit sehr hohem Angestellten- und Frauenanteil
lässt den Organisationsgrad sinken.



Drittens: Verbraucher

Rogall
2011

- **Neoklassische Theorie:** Konsument verfügt über alle notwendigen Informationen für optimale Entscheidungen
- **Realität:** Konsumentensouveränität muss dort Grenzen finden, wo ernste Gefahr der Selbstschädigung bzw. Schädigung Dritter od. meritorischer Güter auftritt.
- ➔ Verbraucherpolitik durch den Staat und geförderte Organisationen.

Ziele:

1. Stärkung der Interessenvertretung und der Marktstellung;
2. Schutz vor Irreführung, unlautere Verkaufspraktiken
3. umfassender Schutz vor gesundheitlichen Gefahren
4. Beratung der Verbraucher über Produkte u. Förderung d. Wettbewerbs

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

41/45



Verbraucher

Rogall
2011

Bewertung:

Die Heterogenität der Interessen sowie die **sozial-ökonomischen Faktoren** (Eigennutzstreben, falsche Preissignale usw.) sind sehr stark und können nur durch hohe individuelle oder gesellschaftlich-kulturelle Anstrengungen sowie durch politisch-rechtliche Instrumente gemildert werden.

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

42/45



Fazit

Rogall
2011

1. In einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft existiert ein vielfältiges Markt- und Politikversagen, dass die Zukunftsfähigkeit dieser Systeme bedroht.
2. Das Politikversagen wird durch die Fehlentwicklungen in der Wirtschaft weiter verstärkt.
Die Auswirkungen werden immer noch unterschätzt, sie untergraben die gesellschaftlichen Institutionen (Kap. 5).

Quelle: Rogall 2010, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

43/45



Fazit

Rogall
2011

4. Die übrigen Akteure können aufgrund der Heterogenität ihrer Interessen die dargestellten Fehlentwicklungen alleine nicht korrigieren.
 5. Viele Unternehmen wollen ihren Mitarbeitern die Bedeutung von Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Bedeutung der gesellschaftlichen Institutionen näher bringen (**Corporate Social Responsibility** (CSR), z.B. mittels Kodizes, Ethikkursen usw.). Reicht das??
- ➔ **Erst wenn es zur Offenlegungs- und Nachweispflicht der Einkommen für alle Politiker und Manager kommt und die Gesellschaft jede Form der Korruption ächtet besteht eine Aussicht auf Erfolg.**

Quelle: Rogall 2011, Kap. 12 VWL 12: Akteure der Wirtschaftspolitik

44/45



Basisliteratur

Rogall
2011

- Bartmann, H. (1996): Umweltökonomie – ökologische Ökonomie, Stuttgart.
- Jänicke, M.; u.a. (1999): Lern- und Arbeitsbuch Umweltpolitik, Bonn.
- Rogall, H. (2003): Akteure der nachhaltigen Entwicklung, München.
- Rogall, H. (2011): Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre für die Studierenden des 21. Jh., Marburg.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
Ich freue mich auf Ihre Fragen!

